



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/3 - 4. Januar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21031-33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Es braucht kein Streit zu sein</u>	57
	Zur Diskussion um den Vorsitz in Bundestageausschüssen Von Wolfgang Jansen	
2a	<u>Beliebte Ausreden</u>	28
	Nach dem Putschversuch in Portugal	
2a	<u>Abgewiesen</u>	26
	Bittere Pille für Dr. Otto Zahburg	
3 - 5	<u>Der Ruf gerechtfertigt</u>	106
	Hessens Bilanz der sozialen Taten	
6 - 7	<u>Hinter der Kulissen der CAS (II und Schluss)</u>	92
	Geschichte einer Terrorbewegung Von Werner Blum	

* * *
* *

Es braucht kein Streit zu sein

Zur Diskussion um den Vorsitz in Bundestagsausschüssen

Von Wolfgang Jansen

Die Mahnung des Bundestagspräsidenten Dr. Eugen Gerstenmaier, die Fraktionen sollten bis zum 15. Januar die Vorsitzenden der Ausschüsse benennen, kommt nicht überraschend. Von Anfang an war dieser Termin vorgesehen worden. Die Verhandlungen sind bis kurz vor Weihnachten geführt worden und werden voraussichtlich in der kommenden Woche wieder aufgenommen.

Soweit die SPD betroffen ist, muß zunächst Einigkeit darüber erzielt werden, welcher bisher von der CDU/CSU besetzte Ausschuß-Vorsitz auf Grund der veränderten Stärkeverhältnisse im Parlament an die SPD übergeht. Von der Sache her schien sich zunächst eine sehr elegante Lösung anzubieten: Der bisherige Vorsitzende des Finanzausschusses, Dr. Neuburger (CDU/CSU) ist nicht wieder in den Bundestag zurückgekehrt; andererseits verfügt die SPD mit Dr. Alex Müller über einen erstklassigen Experten für dieses Amt. Ein Tausch an dieser Stelle liegt also nahe.

Die CDU/CSU hat dagegen eingewandt, daß sie bereits das Finanzministerium an die FDP abgegeben hat und im Haushaltsausschuß die SPD den Vorsitz führt. Mit der Übernahme des Vorsitzes im Finanzausschuß durch die SPD würde die CDU/CSU von der Finanzgestaltung zu weitgehend abgeschnitten sein. Das ist zumindest eine Ansicht, die sich hören läßt und es wird darauf ankommen, Argument und Gegenargument sachlich gegeneinander abzuwägen. Um diesen Punkt braucht kein Streit auszuerechnen.

Ebenso sachlich wird man aber auch die Forderung der SPD nach Bestellung eines Ausschusses für Entwicklungshilfe behandeln müssen. Im vorigen Bundestag hatte man Abgeordnete der verschiedensten Ausschüsse zu einem Unterausschuß Entwicklungshilfe zusammengefaßt.

Dieses System hat jedoch nicht funktioniert. Die Entwicklungshilfe wird künftig große Bedeutung haben, es wird sich um Milliardensummen handeln. Das Parlament kann es sich nach Auffassung der SPD nicht leisten, diese Frage dilatorisch zu behandeln. Auch über die Einsetzung dieses Ausschusses sollte man sich also einigen können.

Am schwierigsten wird jedoch das Verlangen zu behandeln sein, im Nachgang zu Koalitionsverhandlungen dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion die Leitung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten anzuvertrauen. Es muß hier mit allem Nachdruck gesagt werden:

- . Die SPD-Fraktion hat nichts gegen die Persönlichkeit von
- . Herrn Dr. Merde; sie wehrt sich aber strikt dagegen, daß die
- . Besetzung des Vorsitzes von Ausschüssen in Zusammenhang mit
- . der Koalitionsbildung vorgenommen wird.

Hier handelt es sich nicht um ein Geschäft, das zwei Parteien miteinander abschließen können, sondern um eine Frage, die den ganzen Deutschen Bundestag angeht und die von allen Fraktionen des Hauses gemeinsam gelöst werden muß.

Es wäre verhängnisvoll, wenn man den grundlegenden Charakter dieser Frage verkennen, sie rein koalitionstaktisch behandeln und möglicherweise sogar glauben wollte, man könnte den Appetit mancher Beauftragter mit einer Süßspeise für den Parteivorsitzenden befriedigen. Dann nämlich würde es wirklich zum Bruch und zur völligen Neuverteilung der Ausschüsse-Vorsitze kommen, was im Grunde niemand wünschen kann.

Auf der Grundlage sachlicher Verhandlungen aller Fraktionen ist in den früheren Legislaturperioden immer eine Einigung erzielt worden. Man sollte sich sehr überlegen, ob man die Tradition gemeinsamer Beratungen aller Fraktionen durch den Abschluß zweiseitiger Koalitionsgeschäfte ersetzen und damit die ganze Parlamentsarbeit von Anfang an einer harten Belastung unterwerfen will.

Beliebte Ausreden

sp - Die Weltrevolution und der Umsturz staatlicher Ordnung in nichtkommunistischen Ländern bleiben das erklärte Ziel der Kommunisten. Aber nicht überall, wo Unruhen, Putsche und Rebellionen ausbrechen, müssen Kommunisten dahinterstecken. Die portugiesischen Offiziere etwa, die versuchten, den Sturz des überlebten und erstarrten Salazar-Regimes herbeizuführen, waren keine Kommunisten, sie stammten aus dem linkskatholischen Lager. Unter der dreißigjährigen Herrschaft Salazars geriet das überalterte Kolonialreich ins Wanken, blieben die Volksmassen im Analphabetismus stecken, verstummte jedwede Opposition, zog die Ruhe des Friedhofs in das Land ein - Gründe genug für portugiesische Patrioten, da ihnen demokratische Mittel, wie etwa freie Wahlen, versagt blieben, eine Änderung nun mit Gewalt zu versuchen. Das Verlangen nach Wiederherstellung staatsbürgerlicher Freiheiten steht mit der kommunistischen Zielsetzung im krassen Widerspruch, doch diejenigen, die diese Freiheiten veranhalten, identifizieren oft das Freiheitsstreben mit dem Kommunismus - ein billiger Trick, dem sich alle um ihren Bestand bangenden reaktionären Regime bedienen. Wie weit dies gehen kann, zeigt der von Lissaboner Zeitungen erhobene Vorwurf, die Vereinigten Staaten unter der Führung Kennedys dienen, freilich ungewollt, dem Weltbolschewismus, weil sie in den Vereinten Nationen die EntschlieÙung gegen den Kolonialismus unterstützt haben. Das ist ein ungeheuerlicher, wenn auch absurder Vorwurf, erklärlich durch das Bestreben, sich selbst von jeder Schuld freizusprechen und auf unhaltbaren Positionen zu beharren. Die portugiesische Regierung bedachte in diesem Zusammenhang auch die NATO mit einigen Unfreundlichkeiten. Die NATO wurde freilich nicht geschaffen, um den Kolonialbesitz zu verteidigen, sie ist ein Bündnis, das dem Schutz der Freiheit dient. Aber mit der Freiheit ist es in Portugal eben schlecht bestellt, sie muß erst in diesem Lande errungen werden.

+ + +

Abgewiesen

sp - Otto Habsburg, Abkömmling eines Geschlechts, das aus der deutschen Geschichte nicht wegzudenken ist und Anwärter auf den Thron der ruhmlos untergegangenen österreichisch-ungarischen Monarchie, hat eine bittere Enttäuschung erfahren müssen. Seit vielen Jahren bemüht sich der Habsburger um die Rückkehr nach Österreich, dessen Boden zu betreten ihm durch ein Gesetz verboten ist. Er hatte gehofft, durch die Abgabe einer Verzichtserklärung das österreichische Bürgerrecht erwerben und in der Besitz des von der Republik beschlagnahmten Vermögens gelangen zu können. Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat nun seine Beschwerde zurückgewiesen, und damit eine für unsere Nachbarrepublik hochpolitische Entscheidung gefällt. Der heftigste Widerstand gegen eine Rückkehr Otto Habsburgs geht von den Sozialisten aus. Sie befürchten innen- und außenpolitische Komplikationen, würde es dem Habsburger gestattet sein, seinen Wohnsitz in Österreich zu nehmen. Otto Habsburg, der zur Zeit in Förking an Starnberger See lebt, hat in den letzten Jahren eine starke politische Aktivität entfaltet, er ist das eigentliche Haupt des Europäischen Dokumentationszentrums in Madrid, dem Mekka der europäischen Abschländler. Nicht nur die österreichischen Monarchisten, wenn auch gering an Zahl und Einfluß, würden seine Rückkehr begrüßen, auch gewisse Kreise in der Bundesrepublik sähen eine politische Aktivität des Habsburgers in Österreich nicht ungern. Aus wohlwollenden Gründen jedoch will die Republik Österreich den Habsburger nicht haben. Sein Erscheinen würde die Stabilität dieses Landes gefährden und außenpolitische Schwierigkeiten bereiten. Den besten Dienst, den Otto Habsburg seinem früheren Heimatland erweisen kann, ist wohl der, daß er iam um des inneren Friedens willen fern bleibt.

+ + +

Den Ruf gerechtfertigt

L. Sch. - Wiesbaden

An der Schwelle des Jahres 1962 und elf Monate vor der Landtagswahl konnte der hessische Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn (SPD) vor der Landespressekonferenz in Wiesbaden feststellen, dass die in seiner Regierungserklärung im Jahre 1958 aufgestellten Ziele bereits ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode in ihren wesentlichen und wichtigsten Punkten erreicht sind. Die von der sozialdemokratischen Regierungspartei praktizierte Politik der sozialen Verantwortung habe zur weitgehenden Behebung von Massennotständen geführt. Sie dokumentiert sich in einzelnen eindrucksvoll in der zügig fortschreitenden Realisierung verschiedener Sozialprogramme, die von der Altenhilfe über den Landesgesundheitsplan bis zum "Rot-weißen Sportförderungsprogramm" sowie zum Plan für die soziale und technische Aufrüstung des Dorfes reichen.

Barackenlager sind verschwunden

Der Regierungschef von Wiesbaden konnte den in vielen Jahren sozialdemokratischer Verantwortung gewachsenen Ruf des "Musterlandes Hessen" mit überzeugendem Zahlenmaterial bekräftigen. So ist der 1958 in diesem Bundesland ermittelte Fehlbedarf von 188 000 Wohnungen, der nach dem ursprünglichen "Baufahrplan" in fünf Jahren abgedeckt werden sollte, mit der bisher erfolgten Fertigstellung von 155 000 Wohneinheiten bereits jetzt zu einem hohen Prozentsatz befriedigt. Die Aktivität auf diesem wichtigen Sektor wird sich daher früher als vorgesehen auf die Ballungsgebiete und die Sanierung von Altbauwohnungen konzentrieren können. In Hessen sind auch sämtliche Barackenlager für Flüchtlinge verschwunden. Ein weiterer "Fünfjahresplan" der sozialen Taten hat die Kapazitätserweiterung der Altersheime um 10 000 Plätze zum Ziel. In den beiden letzten Jahren wurden durch Neu- und Erweiterungsbauten schon 3 800 dieser zusätzlichen Plätze geschaffen. Die Verwirklichung des Landesgesundheitsplanes ist ebenfalls bei einer beispielhaften Zwischenbilanz angelangt: zehn Krankenhäuser wurden neu gebaut oder wesentlich erweitert, sieben Schwesternheime sind in den zurückliegenden 30 Monaten entstanden.

Pionierarbeit im Dorfe

Erfolgreiche Pionierarbeit hat das Bundesland Hessen bei der von ihm frühzeitig eingeleiteten "Aufrüstung des Dorfes" geleistet, die das Leben auf dem Lande lebenswerter gestaltet. Bisher wurden 162 Dorfgemeinschaftshäuser, sieben Mehrzweckhallen und vier Bürgerhäuser ihrer Bestimmung übergeben. Nicht weniger als 36 solcher Gemeinschaftseinrich-

tungen, die zu einem festen Bestandteil hessischer Kommunal- und Sozialpolitik geworden sind, befinden sich bereits im Bau und rund 40 noch in der Planung. Als erstes Land der Bundesrepublik hat Hessen in der Landwirtschaft Dorfaussiedlungen und die Sanierung von Althöfen in Angriff genommen.

Mit besonderer Intensität widmet sich die Landesregierung der Hebung des Bildungsniveaus auf dem Lande. Für 70 Gemeinden werden zur Zeit Gemeinschaftsschulen errichtet, die von unkaltbaren Zustand der ein- oder zweiklassigen Dorfschulen hinwegführen und den Kindern auf dem Lande die gleichen Chancen wie den Volksschülern in den Städten eröffnen werden. Der Startgerechtigkeit ohne Ansehen des Herkommens oder der Lebensumstände dient auch der zielstrebige Ausbau des Zweiten Bildungsweges, wie er in zahlreichen Berufsaufbauschulen und den "Hessenkollegs" in Frankfurt/Main und Wiesbaden seinen Niederschlag gefunden hat. Koch in diesem Jahr wird in Kassel ein drittes "Hessenkolleg" entstehen, das seine Besucher ebenfalls zur Universitätsreife führen soll.

"Provinz pädagogischer Vernunft"

Wenn der Erfolg einer Kulturpolitik auch nicht allein an Zahlen abgelesen werden kann, so dürfen und müssen sie doch als verbindlicher Hinweis auf die Grundhaltung ihrer Initiatoren anerkannt werden. Dass im neuen hessischen Landeshaushalt 61,5 Millionen für den Neubau von Schulen bereitstehen und zwei Drittel aller vorhandenen Schulturnhallen nach dem Krieg errichtet worden sind oder an den Volksschulen in Hessen die durchschnittliche Klassenstärke bei 35,6, bei den höheren Lehranstalten sogar nur bei 27 Schülern liegt, sind jedenfalls Tatsachen, die das Prädikat einer "Provinz der pädagogischen Vernunft" mit rechtfertigen.

Wenn Ministerpräsident Zinn schliesslich noch auf den vorbildlichen kommunalen Finanzvergleich in Hessen hinweisen konnte, der die Gemeinden auch an Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer partizipieren und 1962 insgesamt 580 Millionen DM an Ländermitteln in Kommunalkassen fliessen lässt, womit gegenüber 1956 eine Steigerung dieser dringend notwendigen finanziellen Hilfestellung um 425 Prozent erreicht wird, dann versteht man so recht den schweren Stand der CDU/FDP-Opposition im Wiesbadener Landtag. Ihr langjähriger Widerstand und ihre Cassandra-Rufe gegen die soziale und technische Aufrüstung des Dorfes, gegen Gemeinschafts- oder Mittelpunktschulen für mehrere Kleingemeinden mussten

vor den handgreiflichen Erfolgen dieser von den Sozialdemokraten als notwendig erkannten und eingeleiteten Entwicklung und den wachsenden Verständnis der Bevölkerung erlahmen und verstummen: Heute werden diese Bestrebungen auch in Landkreisen mit starker CDU-Mehrheit, z.B. im Raum Fulda, auf Kreis- und Gemeindeebene nachdrücklich unterstützt! Die verschämten Rückzugsgefechte der hessischen CDU werden heute fast nur noch mit der Forderung bestritten, die Gemeinschaftsschule dürfe nicht "von oben dekretiert" werden, woran im hessischen Kultusministerium noch keine Sekunde gedacht, geschweige denn manipuliert worden wäre. Im benachbarten CDU-regierten Rheinland-Pfalz gibt es dagegen recht deutliche Hinweise auf solche ministerielle Manipulationen zugunsten der Konfessionsschule!

Eindrucksvoller Vergleich

Gerade der Vergleich der Landespolitik, wie sie in den nur 16 Kilometern voneinander entfernten Regierungszentren Wiesbaden und Mainz, hier von der SPD, dort von der CDU, gemacht wird, liefert auf allen Sektoren in Konzeption und Auswirkung einen bereiten Kontrast zwischen Aufgeschlossenheit und Fortschritt östlich, und konservativen Beharren und Stillstand auf der westlichen Seite des Rheins. Wenn Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn für die hessischen Landtagswahlen am 11. November dieses Jahres einen gewichtigen Mandatswachs für die Sozialdemokraten erwartet, so hat er dafür gute Gründe. Wenn der rheinland-pfälzische CDU-Kabinettschef Dr. h.c. Peter Altmeier seit dem 17. September 1961 in zunehmendem Maße das Bewusstsein erkennen läßt, dass seine Partei auch in bisher "kanzliertreuen" Rheinland-Pfalz bei der 1963 fälligen Landtagswahl in die Gefahrenzone entscheidender Stimmenverluste geraten wird, so hat er sie bestimmt auch. Die eindrucksvollen Ergebnisse sozialdemokratischer Treuhänderschaft für soziale Gerechtigkeit, kulturpolitische Vernunft und kommunale Gesundung lassen sich für den wachen Staatsbürger nämlich weder bagatelisieren noch hinwegdiskutieren. Sie werden auch mit dem kürzlich von Altmeier im Zusammenhang mit dem Neugliederungsartikel des Grundgesetzes erhobenen anachronistischen Vorwurf "hessischer Expansionsgeiße" nicht aus der Welt geschafft.

Hinter den Kulissen der OAS (II und Schluss)

Geschichte einer Terrorbewegung

Von Werner Plum

Immer ernster werden die Gefahren, die dem französischen Mutterland durch rechtsradikale Bewegungen drohen. Die OAS, die "Organisation der Geheimarmee", versucht mit systematischem Terror einen Staatsstreich vorzubereiten. Dieser faschistische Terror ist zwar in Frankreich selbst noch jung, er hat aber schon eine lange Geschichte in den überseeischen Besitzungen Frankreichs.

Die "Rote Hand"

Die ersten Geheimtünde französischer Faschisten entstanden beim Ausbruch der nordafrikanischen Freiheitskriege gegen Frankreich. Zum ersten Mal erfuhr die Weltöffentlichkeit von diesen Terrorverbänden, als am 5. Dezember 1953 Farhat Hochat, der Generalsekretär der tunesischen Gewerkschaft ermordet wurde. Tunesien war damals noch französisches Protektorat. Am Mordtag rief Kommissar Gillet von der Sicherheitspolizei beim französischen Generalresidenten an und teilte mit: "Auftrag erfüllt". Damit war nicht die Erfassung der Mörder, sondern der Mord gemeint. Damals brauchten die Mörder zum ersten Mal untereinander das Kodezeichen der "Rote Hand", eine Verspottung der "Schwarzen Hand" - Glückssymbol der Muselmanen.

Zum zweiten Mal erregten französische Faschisten die Weltöffentlichkeit, als am 11. Juni 1955 der französische Industrielle Jacques Lemaignre-Debreuil in Casablanca ermordet wurde. Lemaignre-Debreuil bemühte sich vor seinem Tode um eine Verständigung der französischen Regierung mit der marokkanischen Freiheitsbewegung. Dabei stieß er auf die erbitterte Feindschaft des Kolonialistenverbandes Présence Française. Führer dieses Verbandes waren Dr. Causse, Rechtsanwalt Le-Coroller, Oberst Raymond und der Kaffeehausbesitzer François Avival. Avival besaß in Casablanca eine Kneipe. Bei ihm trafen sich die Führer von Présence Française mit Delrieu, dem Chefinspektor der 1. Brigade der französischen Kriminalpolizei in Casablanca. Polizisten der 1. Brigade schossen am 11. Juni 1955 um 23,26 Uhr mit 20 MP-Kugeln den französischen Industriellen nieder, als dieser vor seiner Haustür einen Brief an den damaligen Ministerpräsidenten Edgar Faure in den Postkasten werfen wollte. Die Umstände dieses Mordes wurden schnell in den Einzelheiten bekannt. Trotzdem unternahm die französische Polizei nichts zur Festnahme der Täter.

Gedungene Mörder

Wenige Wochen später verständigte sich der französische Generalresident Gilbert Granval mit den städtischen Führern der marokkanischen Freiheitsbewegung, am 20. August 1955, dem zweiten Jahrestag der Absetzung des Sultans, die politische Atmosphäre nicht durch Bombenanschläge zu trüben. Die Nationalisten waren mit dem Vorschlag einverstanden, forderten aber Granval auf, auch die ländlichen Führer der Widerstandsbewegung aus dem Gefängnis zu entlassen. Auf diese Weise

sollten Unruhen unter der Landesbevölkerung vermieden werden. Als der Chef der Sicherheitspolizei in Marokko, Leussier, von diesem Plan erfuhr, lud er zwei international bekannte Schwerverbrecher, Jo Renucci und Jo Attia, zu einer Besprechung ein. Vier Tage später waren die ländlichen Führer der Istiqlal-Partei spurlos verschwunden, noch bevor sie aus dem Gefängnis entlassen werden konnten.

Blutbad und Folter

Die Stadtbevölkerung blieb - wie versprochen - am 20. August 1955 ruhig. Dagegen kam es zu blutigen Demonstrationen der Landbevölkerung. Die Berber stiegen von den Bergen und überfielen Kouzibga, Koubah-Tadla, Khenifra und Oued-Zen. 60 Europäer wurden ermordet. Generalresident Grandval wurde über diese Vorfälle nicht von seiner Polizei, sondern von der Redaktion der Zeitung "Maroc-Presse" (die Lemaigre-Dubreuil kurz vor seinem Tode gekauft hatte) unterrichtet. Mit den Überfällen der Berber hatte die französische Armee und Polizei einen Vorwand gefunden, zehntausende Marokkaner zu ermorden. In Oued-Zen sollen in diesem Tag etwa 13000 Männer, Frauen und Kinder getötet worden sein.

In den Gefängnissen wurden marokkanische Freiheitskämpfer gefoltert. Die Methoden waren zunächst noch roh. Später, in Algerien, verfeinerten sich die Methoden so, daß sie kaum noch Spuren auf den Körpern der Gefolterten hinterließen. Grandval versuchte gegen diese Folterungen vorzugehen. Er genoß mehr und mehr Sympathie in der marokkanischen Bevölkerung. Bei Parteien durch die alten arabischen Stadtteile von Marrakesch, Meknès und Casablanca wurde er unjubeilt. Hinter ihr fuhren französische Polizeiautos, aus denen blindlings in die Menge geschossen wurde. Grandval mußte seine Besuche einstellen. Bald trat er zurück und resignierte vor den Faschisten.

Verwirrende Namen

Die hatten inzwischen ihre Namen geändert. Gewalttaten wurden von der "Verteidigungs-Organisation der Anti-Terroristen" (ODAT) verübt. Presseorgan der ODAT war die "Avantgarde der republikanischen Ideologien" (AGIE). Der Höhepunkt politischer Macht erreichten die Französischen "Ultras" in Algerien. Hier fanden sie Unterstützung zuerst bei dem Generalgouverneur Robert Lacoste und später bei dem zunächst gaullistischen Generalgouverneur Jacques Soustelle. Zum ersten Mal demonstrierten französische Ultras am 5. Februar 1956 gegen den Versuch des Ministerpräsidenten Guy Mollet, eine friedliche Lösung des Algerischen Problems zu finden. Im gleichen Jahr gründeten Veteranen der französischen Armee in Algerien die "Einrichtung des Stadtschutzes" (DPU). Mehrmals wandelten die Faschisten den Namen ihrer Organisation. Eine Zeitlang nannten sie sich "Front des französischen Algerier" (FAF), dann "Französische Nationalfront" (NF), schließlich - seit Februar 1961 - "Organisation der Gemeinsarmee" (OAS). In Ausland, vor allem in der Bundesrepublik, in Belgien und Marokko, führten sie ihre Attentate im Namen der "Roten Hand" durch.

Immer häufiger gelang es ihnen, durch die Verbreitung einer Angstpsychose die Demokraten Frankreichs einzuschüchtern. Während Politiker, Industrielle und Journalisten vor ihnen zitterten, stand eine Schauspielerei in Frankreich auf und erstattete, mit einem Drohbrief der OAS in der Hand, Strafanzeige gegen die faschistischen Jatriebe: Brigitte Bardot.

* * *

Verantwortlich: i. V. Albert Exler